

vierteljährlich im Stadt, Orts- und Nachortverkeftr M. 2.10, außerhalb M. 2.50 einschließlich der Postgebühren. Die Einzelnummer des Blattes kostet 10 P. Zeichnungsbewerbungen, mit Ausnahme der Sonntags- und Feiertage.

Gegründet 1877.



Die vierteljährliche Stelle oder deren Raum 15 Pfennig. Die halbjährliche Stelle oder deren Raum 30 Pfennig. Bei Wiederholungen unregelmäßiger Anzeigen entsprechend der Abart. Bei gerichtlicher Einziehung und Konfiskation ist der Rabatt binställig.

Fernsprecher 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-A.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw.

№. 6 Druck und Verlag in Altensteig. Donnerstag, den 9. Januar. Amtsblatt für Pfalzgrafenweiler 1919.

Der Aufruhr.

Die Lage in Berlin.

Als die von auswärts herbeigerufenen Truppen, darunter Artillerie, in Berlin eintrafen, entwickelten sich an mehreren Punkten neue Kämpfe, da die Bahnhöfe von den Spartakisten besetzt waren. Das Schicksal der Bahnhöfe in großer Stärke von Witternachts bis zum Morgen an. Der Schlesische Bahnhof ist im Besitz der Spartakisten. Das Haupttelegraphen- und das Fernsprechamt ist noch in den Händen der Regierung, deren Truppen auch das Gebäude der Eisenbahndirektion wieder genommen haben. Der Eisenbahnverkehr ist größtenteils wieder aufgenommen.

Die Regierung hat bis jetzt noch die Oberhand. Siebenmann erklärte einem Parteifreund, die Regierung werde nicht nachgeben. Die Verantwortung für alles, was kommt, tragen die bewussten Terroristen. — Der Ratzenhof und die Garnison in Kiel haben sich auf die Seite der Regierung gestellt.

Die Matrosenbewegung verhält sich in den Kämpfen neutral. Ihr bisheriger Führer Lorenz (Spartakist) soll flüchtig sein. Die Matrosen haben die Bewachung der Reichsbank übernommen.

Nach der „Germania“ sollen 1000 russische Bolschewiken in Berlin eingetroffen sein und deutsche Uniformen tragen.

In Spandau, Potsdam und Rathenow versuchten die Spartakisten sich der Kasernen zu bemächtigen. Sie wurden aber zurückgedrängt. In allen größeren Städten sollen vor den Reichstagswahlen ähnliche Versuche ausgeführt werden.

Die Zeitungen stehen nunmehr sämtlich unter der Kontrolle der Spartakisten. Während die Zeitungsbetriebe Scherl, Mosse und Ullstein ihre Blätter immer noch nicht herausbringen konnten, sind andere Blätter bisher nicht am Erscheinen gehindert worden. „Germania“ und „Tägliche Rundschau“ können wie bisher ihre Meinung zum Ausdruck bringen, die „Berliner Volkszeitung“, die „Berliner Neueste Nachrichten“ und andere stehen dagegen unter Besetzung und müssen sich jeder Äußerung gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung enthalten.

Die Reichsdruckerei ist von Angehörigen der Spartakusgruppe besetzt. Einem Beamten dieses wichtigen Betriebs ist es gelungen, den Hauptschlüssel zu den Schloßkammern zu retten und in Sicherheit zu bringen. — Spartakisten halten das Reichstagsgebäude besetzt.

Photographische Aufnahmen für das Ausland.

Aus dem Pariser Blag versuchten gestern Spartakisten in das Hotel „Adlon“ einzudringen mit der Behauptung, daß auf dem Dach des Hauses ein Maschinengewehr aufgestellt sei. Daraufhin begaben sich einige italienische Offiziere, die in dem Hotel wohnen, auf das Dach und überzeugten sich, daß sich dort kein Maschinengewehr befindet, das dagegen dort einige amerikanische Kooptatoren aufgestellt genommen hatten, um die Kämpfe der letzten Tage kinematographisch aufzunehmen.

Wien, 8. Jan. Nach dem „Fremdenblatt“ haben die Ententemächte die Absicht, in Berlin einzumarschieren, aufgegeben. Man müsse den Berliner Brand in sich selbst zusammen fallen lassen.

Genf, 8. Jan. (Havas.) Clemenceaus Blatt „Domme Libre“ meldet: Der Oberbefehlshaber erhielt den Auftrag der französischen Regierung, im Falle der Bildung einer bolschewistischen Regierung in Deutschland die weiteren Verhandlungen mit der deutschen Waffenstillstandskommission ab zu brechen und die Kommission aus dem besetzten Gebiete zu entfernen. Die Wirkung im Ausland.

Berlin, 8. Jan. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt halbamtlich: Die bedauerlichen Vorgänge in Berlin am Sonntag und Montag haben nach bereits vorhergehenden Devisen der deutschen Vertreter eine geradezu verhängnisvolle Wirkung auf unsere außenpolitische Lage gehabt. Die Vertreter der Entente haben sich bereits erkundigt, ob Deutschland nach diesen Ereignissen in der Lage sei, seinen finanziellen Verpflichtungen zu entsprechen. Sie verlangen Sicherheiten für die Erfüllung ihrer Forderungen und droht, sich im Eventualfall diese Sicherheiten auf eigene Faust zu verschaffen. — Wenn sich das deutsche Volk nicht im letzten Augenblick gegen Spartakus zur Wehr setzt, so droht dieser „Skandalbetreiber“ und in die ewige Schuldnechtigkeit der siegreichen Entente zu führen.

Fortmund, 8. Jan. Mitglieder des Spartakusbundes hielten gestern im Gewerbeverein eine Versammlung ab, nach der es in verschiedenen Stadtteilen zwischen den Spartakisten und der Sicherheitswehr zu Zusammenstößen kam. Am Kernerplatz, wo der Bezirkssoldatenrat sein Bureau hat, wurden mehrere Zivilpersonen durch Maschinengewehre verletzt. Am späten Abend zogen die Demonstranten unter Hochrufen auf Liebknecht nach dem Druckergebäude der „Westfälischen Allgemeinen Volkszeitung“, dem Organ der Reichheitssozialisten, und besetzten die Betriebsräume. Die in dem Betrieb lagernden gedruckten Zeitungen wurden verbrannt. Wegen Flugblätterverteilung hatte die Sicherheitswehr über 30 Spartakisten verhaftet, die abends um 10 Uhr jedoch wieder freigelassen wurden. Um 12 Uhr nachts wurde noch in verschiedenen Teilen der Stadt geschossen. Der Straßenbahnverkehr ist eingestellt.

Halle a. S., 8. Jan. Gestern vormittag sammelten sich auf dem Marktplatz Matrosen und Soldaten unter Hochrufen auf Liebknecht und Rosa Luxemburg an. Sie verbrannten eine große Anzahl Flugblätter sozialistischer Richtung. Die Geschäftsstelle der demokratischen Partei wurde von den Spartakusleuten besetzt. Das Personal der demokratischen „Sozialzeitung“ zwangen sie zur Einstellung ihrer Arbeit. Das Erscheinen der Zeitung wurde bis auf weiteres verboten. Die Geschäftsleute sind aufgefordert worden, ihre Läden zu schließen.

Braunschweig, 8. Jan. Die gesamte revolutionäre Arbeiterbewegung ist gestern nachmittags in einen Sympathiestreik für die Partei Liebknechts eingetreten. Um 3 Uhr versammelten sich die Garnisonssoldaten, die Matrosen mit etwa 50 Maschinengewehren, Mitglieder der Braunschweiger Volkswehr, über 10000 Arbeiter und Angehörige anderer Stände zu einem Zug durch die Stadt. Vor dem ehemaligen Schloß wurden Ansprachen von dem Präsidenten der Republik, einigen Volkskommissaren und Spartakistenführern gehalten. Ein Sozialistenführer aus Holland gab vom Hauptbalkon des Schlosses herab bekannt, daß auch in Holland die Revolution nicht mehr aufzuhalten sei. Zahlreiche Teilnehmer küßten die Geschäftshäuser der bürgerlichen Zeitungen und das Bureau des „Sozialen Volkst“, des Organs der Sozialdemokratischen Partei, dessen Räumlichkeiten geschlossen und unter starker Bewachung gestellt wurden. Eine große Menge von Zeitungen und Flugblättern wurde vor dem Schloß zu einem Berg aufgetürmt und verbrannt. Der Straßenbahnverkehr ist vollständig eingestellt.

Gegenkundgebung.

Mannheim, 8. Jan. Gestern vormittag hatte die sozialdemokratische Partei zu einer großen Demonstration gegen die Spartakusleute aufgefordert. Mittags 12 Uhr verließen die Arbeiter und Angestellten die Betriebe und versammelten sich auf dem Marktplatz, von wo sie sich dann im Zuge nach der Stadt bewegten. Vor etwa 50000 Personen hielt sodann Reichstagsabg. Oskar Ged eine Ansprache. Nach derselben wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in welcher sich die Versammelten für die Regierung Ebert-Scheidemann aussprechen, um wenn nötig durch die Tat für Ruhe und Ordnung zu sorgen.

München, 8. Jan. (Amtlich.) Gestern nachmittags zogen im Anschluß an eine Versammlung der Arbeitslosen auf der Theresienwiese etwa 5000 Demonstranten vor das Ministerium für soziale Fürsorge. Minister Unterleitner teilte mit, daß die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung von 6 auf 8 M. und die Aufhebung der Karenzzeit für Nichtkriegsteilnehmer bewilligt werde. Feiertage werden bezahlt. Plötzlich fiel aus der Menge ein Schuß. Darauf drangen etwa 100 Leute in das Ministerium ein, die aber das Gebäude bald wieder verließen. Bald darauf hörte man auf der Museumsstraße Maschinengewehrsfeuer. Die Schüsse sollen aus der Hypothek- und Wechselbank abgegeben worden sein. Vier Personen wurden schwer verwundet, von denen drei bald darauf starben.

Gestohlene und unrechtmäßig erworbene Bekleidungsstücke der Heeresverwaltung schänden den Träger und den deutschen Namen Reichsverwertungsamt, Berlin W 8, Friedrichstr. 66.

Neues vom Tage.

Aufruf zum Schutz des Lebens.

Berlin, 8. Jan. Der Rat der Volksbeauftragten erläßt einen Aufruf an die Soldaten, sich freiwillig zum Schutz der von den Polen bedrohten Ostteile des Reichs und zur Rettung der in schwere Bedrängnis geratenen deutschen Truppen zu melden. Wenn die Diktatur nicht schleunigste Unterstützung findet, so werde zu befürchten sein, daß in ein paar Tagen weitere Gebiete dem bolschewischen Imperialismus zum Opfer fallen. Proteste nützen nichts. Den Landesfriedensbrechern müsse ein kräftiger Schutz entgegengestellt werden. Alle deutschen Bezirkskommandos nehmen Meldungen der Freiwilligen entgegen; sie gehen auch die günstigen Bedingungen der Amorbung bekannt.

Protest gegen das Staatsgrundgesetz.

München, 8. Jan. Die Deutsche Volkspartei in Bayern erläßt einen Protest gegen das unter dem 4. Januar veröffentlichte Staatsgrundgesetz und erhebt die Forderung, daß die künftige Regierung und die neue Verfassung des freien Volksstaates Bayern nur durch den neu zu bildenden Landtag gegeben wird. Der Staatsverlaß sei die ausgeprochenste Autokratie und ein Faustschlag ins Gesicht jeder wahren Demokratie.

Volkskirchlicher Laienbund.

Dresden, 8. Jan. In Dresden hat sich ein Volkskirchlicher Laienbund für Sachsen gebildet, der Gerechtigkeit in der Trennungsfrage, Erhaltung des Rechts der Eltern auf christliche Erziehung ihrer Kinder und Ausbau der Kirchenverfassung auf breiterer volkstümlicher Grundlage fordert.

Ein Rat vom Ausland.

Basel, 8. Jan. Die „Baseler Nachrichten“ meinen, der einzige Ausweg, die Schwierigkeiten in Deutschland zu beheben, sei der, den Sitz der Regierung von dem verlotterten Berlin wegzuberlegen.

Reuterereien in England.

London, 8. Jan. In verschiedenen Truppenteilen, die sich bezüglich des Urlaubs oder der Entlassung gegenüber anderen zurückgesetzt fühlen, sind ernste Ausschreitungen vorgekommen. Die Soldaten wollen nicht mehr nach Frankreich verschickt werden. Das Kriegssamt soll sich veranlassen, den Hafen Folkestone, wo die meisten Unzufriedenen liegen, zu sperren und von jeder Verbindung abgeschnitten. Die Regierung wird einige Tage Urlaub gewähren und Soldaten, die Arbeit nachweisen können, entlassen. Im allgemeinen sollen diejenigen zuerst entlassen werden, die am längsten Kriegsdienst leisteten.

Wilson wieder in Paris.

Paris, 8. Jan. Wilson ist gestern mit Frau und Tochter aus Italien wieder hier eingetroffen. Clemenceau ist nach Paris zurückgekehrt.

Wilson gegen das Einschreiten in Rußland?

Paris, 8. Jan. Reuter meldet, in unterrichteten Kreisen gelte es als sicher, daß Wilson persönlich gegen die Fortsetzung des Einschreitens in Rußland sei.

Die Schiffstrage.

London, 8. Jan. Das amerikanische Schiffahrtsamt plant den Anlauf aller verbündeten Handelschiffe, die während des Kriegs unter englischer Aufsicht dem Verkehr zwischen den Vereinigten Staaten und den Verbündeten vermittelten. Die Verhandlungen über den Ankauf, die zwischen England und Amerika geführt wurden, sind aber nach der „Daily Mail“ als gescheitert zu betrachten.

Berkauflichung der Eisenbahnen in Irland.

London, 8. Jan. Dem Dubliner „Evening Herald“ zufolge hat die englische Regierung die Absicht, mit der Berkauflichung der Eisenbahnen in Irland zu beginnen.

Schlechte Stimmung in Australien.

London, 8. Jan. Die „Times“ meldet, man sei wegen der schlechten Stimmung in Australien in Sorge. Die zurückkehrenden Soldaten seien unzufrieden, und da ein Teil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter die 42-Stundenwoche und höhere Löhne verlange, nehme man mit der Möglichkeit von Unruhen in der Industrie.

Wie es in Rußland aussieht.

D.E.K. Die „Sozialistische Korrespondenz“ veröffentlicht den Brief eines Parteigenossen über die Zustände in Rußland, der zur Lehr- und zur Wehr weiteste Verbreitung verdient. Darin heißt es:

„Es fehlen mir die Worte, um das Elend und die Not, die hier herrschen, zu schildern. Der Hunger zehrt an den Erwachsenen und richtet Kinder und Greise zugrunde. Mütter töten ihre Kinder aus Verzweiflung, daß sie sie nicht mehr ernähren können. Die Zahl der Verhungerten und Obdachlosen wächst von Tag zu Tag. Alles verrottet auf den Straßen um ein Stück Brot — werden doch für ein Pfund Brot bis zu 80 Rubel gefordert. Alles ist verrotten, alle Fabriken stehen still, schon weil Kohlenförderung und Kohlenzufuhr fast völlig aufgehört haben. Eine persönliche Sicherheit gibt es überhaupt nicht mehr, man ist dem schlimmsten Elend und der größten Willkür zugleich ausgeliefert.“

All dieses Unglück kann nicht allein die Folge des Krieges sein. Die extreme rücksichtslose Politik der Sowjetregierung hat viel mehr auch ihr Teil Schuld daran. Mit sicherem Geiste ist sie daran gegangen, die alte gesellschaftliche Ordnung zu stürzen, die Diktatur des Proletariats aufzurichten, die kapitalistischen Unternehmungen zu verstaatlichen und den Privatbesitz zu enteignen. Doch sie hat ihre Kraft nur im Herrschen und Berückeln bewährt, nicht in der Schaffung neuer Werte und Ordnungen. Industrie, Landwirtschaft, Handel und Gewerbe sind lahmgelegt, die Arbeitslosigkeit wird von Tag zu Tag größer, ja die wenigen noch beschäftigten Arbeiter müssen trotz der Kürze in die Höhe geschraubten Löhne dardar, weil die Löhne immer noch rascher wächst als die stärkste Lohnverhöhung. Die angeblich von sozialistischen Ideen durchdrungenen Soldaten der Roten Garde sind völlig korumpiert. Gemeine Gemüthsart und Panemwesen greifen bedrohlich um sich. Die Unzulänglichkeit der Sowjetregierung ist beispiellos, und wer nicht resigniert mit ihr übereinkommt, ist einer Tyrannei ausgeliefert, wie sie noch kein Nero ausgeübt hat. Der neueste Trick der Bolschewiki besteht darin, daß sie Mütter mit Säuglingen als Geiseln festnehmen, damit die Väter sich ihnen stellen müssen. Nein, mit dem Sozialismus, den wir zusammenstudiert haben und für den wir beide in Begeisterung gläubig, hat diese Wirtschaft hier nicht mehr das mindeste zu tun.“

Soll es in Deutschland ebenso kommen?

Bermischtes.

Schwaben-Kapitel. Für den Zusammenschluß des schwäbischen Stammes zu einem Bundesstaat oder Reichsland Schwaben im Sinne der Schrift des Dr. Karl Nagrus in Ulm a. D. hat sich ein Ausschuß gebildet, der sich Schwaben-Kapitel nennt. Schriftführer ist Rechtsanwalt Max Oswald in Ulm.

Kein Abzug für Soldaten. Das Vatparajo (Chile) wird berichtet, daß bereits 17 Soldatengräber geschlossen worden müßten, weil kein Abzug für den Soldaten zu finden ist. Man erwartet, es noch weitere Gruben stillgelegt werden.

Öffentlicher Sprechsaal.

(Eingefandt.)

Der Zweck des in Nr. 5 „Aus den Tannen“ erschienenen Eingeladent ist leicht erkennlich. Der Einsender will den Wählern Sand in die Augen streuen u. die Wehrheitssozialisten, deren Programm allgemeine Anerkennung findet, mit den Unabhängigen in einen Topf werfen. Nachdem sich aber hier keine Unabhängigen befinden, hätte der Einsender richtiger dem Vortragenden gleich persönlich erwidern sollen, wozu er ja die schönste Gelegenheit hatte. R. Koch.

Zum Achtstundentag.

Da ich schon öfters die Beobachtung gemacht habe, daß der Achtstundentag viel Bedenken erregt, so sei es mir gestattet meine Ansicht darüber zu sagen, obgleich diese für viele wichtige Fragen jetzt eine nebenpolitische Bedeutung hat und zur Zeit noch nicht endgültig spruchreif ist, weil der Feind auch darüber mit spricht.

Man kann nach der Reihenfolge in der geschichtlichen Entwicklung sagen: Der Bauer, Bürger- und Arbeiterstand ist der Kern eines Volkes. Sie erzeugen die zum Leben nötigen Güter. Was es sonst noch gibt und gab an verschiedenen Berufen und Ständen ist teils ebenso, teils weniger nötig.

Es ist Tatsache, daß der Bauer hart arbeiten muß, aber abgesehen von der Arbeit im Stall, wo die Nase viel befeuchtet wird, arbeitet er meistens in der freien Natur und in den Haupterntezeiten wird er sehr Uebermüht an Arbeit durch die Freude am Ertrag ganz vergessen. Er kann sich während der Arbeit auch gehen lassen. Beim Handwerker liegen die Verhältnisse so: Wenn er keinen Arbeiter hat, dann ist er Herr und Arbeiter in einer Person, andererseits auch noch Arbeitgeber. Nach er hat bei längerer als achtstündiger Arbeit die innere Befriedigung für sich selbst zu arbeiten. Anders liegen die Verhältnisse beim Arbeiter. Seine Arbeit widelt sich in einer strengen Betriebsordnung ab, sie ist oft eintönig, oft nervenverbrauchend; er hat das Gefühl Lohnarbeiter zu sein. Die Arbeit ermüdet ihn bald und nützt ihn bald ab. Dann kommt noch in Betracht, daß viele Arbeiter von auswärts zur Arbeit gehen oder mit der Bahn fahren und ebenso heim gelangen müssen. Die Arbeiter in Großstädten und Vorstädten brauchen viel Zeit zur und von der Arbeitsstelle. Deshalb und weil viele Arbeiter noch ein kleines Bauerngeschäft betreiben, wäre eine stündliche Arbeitszeit genügend. Ein bekanntes Sprichwort sagt: Hat der Bauer Geld, hat die ganze Welt. Dies trifft auch für den Arbeiter zu. Bei guter Bezahlung kann er für seine Lebenshaltung mehr ausgeben als umgekehrt; Geschäftsleute wie Bäcker, Metzger

u. s. w. haben einen größeren Umsatz zu erwarten als wenn der Gewinn zu einseitig in die Taschen der Unternehmer fließt. Vom Leben im modernen Staat kann man sagen: Einer lernt vom andern, einer gibt dem andern, einer empfängt vom andern, wörtlich aber bildlich gedacht, deshalb soll jeder ein menschenwürdiges Dasein führen können. An der Sozialdemokratie achte ich ganz besonders, daß sie gegen gesundheitliche und wirtschaftliche Ausbeutung der Arbeitenden ankämpft.

Dem Achtstundentag bringt die Partei am wenigsten Verständnis entgegen, die während des Krieges am meisten in ihren Zeitungen geschrieben hat: „Unsere unvergleichlichen Helden halten stand, sie bilden einen lebendigen Wall mit ihren Leibern gegen das Eindringen der Feinde u. s. w.“ Als aber diese Helden die gleichen staatsbürgerlichen Rechte für die preussische Landeswahl verlangten, erwiderte diese Partei mit Nein, anstatt eine Anwartschaft zu erfüllen. Gerade diejenigen, die vom Schicksal am meisten begünstigt waren, gönnten dem andern kaum die Lust zum Leben. Diesen Fehler haben sie zu spät eingesehen und auch zugestanden. R. Pfänder.

Letzte Nachrichten.

Die Lage in Berlin.

WTB. Berlin, 9. Jan. Die Regierung hat jetzt nahezu 500 Studenten angeworben, deren Bewaffnung bereits stattgefunden hat. Die einzelnen Studentenkompagnien werden von Frontoffizieren geführt. Die Zahl der Regierungstruppen soll gestern auf 70 000—80 000 Mann angewachsen sein und diese Truppen, die über den Terror der Spartakusleute empört sind, sollen den Moment herbeischnellen, in dem es losgeht. Erst nach Zusammenziehung der ganzen Macht ist der Entzug der von Spartakus besetzten öffentlichen Gebäude zu rechnen. Das Haupttelegraphen- und Fernsprechanlagen sind unverändert in den Händen der Regierung. Die Berliner Garnisonen sind vollständig gefechtsbereit. Jeder Mann hat 50 Patronen erhalten. Nach neuerlichen Rittungen soll Hindenburg doch in Berlin sein. Man erwartet schon von seiner bloßen Anwesenheit einen Einfluß auf die regierungstreuen Truppen. Illager murren seit einiger Zeit die von Spartakusleuten besetzten Gebäude, insbesondere den „Vorwärts“.

Berlin, 9. Jan. Für die Kühnheit der Spartakusleute ist es bezeichnend, daß an den Anschlagorten gestern ein Plakat erscheinen konnte, auf dem man sieht, wie eine erbiterte Volksmasse Scheidemann aufhängt. Darunter stehen die lakonischen Worte: Am 10. Januar.

Kämpfe.

WTB. Berlin, 9. Jan. Regierungstreue Truppen haben gestern die „Nöte Fabrik“, das Organ des Spartakusbundes, besetzt. Spartakusleute hatten sich auf dem Hofe der Druckerei ihres Parteiblattes hinter Papierrollen verbarricadiert, die mit Maschinengewehren besetzt waren. Nach kurzem Kampfe konnten die Regierungstruppen das Bollwerk nehmen u. die Redaktion besetzen. Ferner wurden die Telefonverbindungen der Spartakusführer abgedrückt, ebenso auch die Telefonverbindungen Liebknechts und Rosa Luxemburgs.

WTB. Berlin, 9. Jan. Wie eine Lokalcorrespondenz meldet, hat sich die republikanische Soldatenwehr von dem Polizeipräsidenten Eichhorn losgesagt und der Regierung 14 Kompagnien mit 3600 Mann zur Verfügung gestellt. Es hat eine Versammlung stattgefunden, in der man Eichhorns Vorgehen mißbilligte u. beschlossen hat, eine Deputation in die Reichskanzlei zu entsenden. Auch die Berl. Garnisonen haben sich unter dem Druck der zu erwartenden Fronttruppen dazu bequemt, ihre neutrale Stelle aufzugeben und sind auf die Seite der Regierung getreten. — **Zu den Kämpfen um das Reichstagsgebäude** liegen folgende Einzelheiten vor: Die Spartakusbanden versuchten, die im Reichstagsgebäude befindlichen Regierungstruppen zur Uebergabe zu zwingen. Sie gingen mit Maschinengewehren, Dangranaten und Gewehren gegen das Reichstagsgebäude vor. Während des sich entwickelten Feuertreffens wurden Dangranaten geworfen. Die Regierungstruppen erwiderten lebhaft aus den Fenstern und von dem Balkon des Reichstagsgebäudes. Es gab auf beiden Seiten Tote und Verwundete. Ein Geschütz von der Dorotheenstraße griff in den Kampf ein.

WTB. Hamburg, 8. Jan. Der A. u. S.-Rat von Hamburg-Altona hat mit Gesetzeskraft die Aufhebung des Böllbois der Lehrestimmen beschlossen.

WTB. Posen, 8. Jan. Als Vergeltungsmaßregel gegen den von einigen Flugzeugen aus Frankfurt a. d. Oder erfolgten Bombenabwurf wurde gestern die Internierung des kommandierenden Generals von Bod-Polach verfügt.

WTB. Rotterdam, 9. Jan. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London, daß die englische Präfektur nach den vorgestrigen Kundgebungen der Soldaten in Whitehall den Ernst der Lage einzusehen beginnt.

WTB. Amsterdam, 9. Jan. Das „Niederländische Pressebureau Radio“ meldet aus Washington, daß die Budgetkommission des Repräsentantenhauses dem Ersuchen Wilsons um Zusage von 100 Millionen Dollars für das Hülfswerk in Europa für alle Länder mit Ausnahme von Deutschland stattgegeben hat. Die Vorlage wurde gestern im Repräsentantenhaus eingebracht.

WTB. Bern, 9. Jan. „Progres de Lyon“ meldet aus Straßburg, daß am Dienstag die deutschen Professoren und Privatdozenten der Universität in Straßburg nach Deutschland gebracht worden sind, insgesamt nahezu 70 Personen.

WTB. Berlin, 9. Jan. General Ludendorff hielt sich bisher im Einvernehmen mit der Regierung in Stockholm bei seinem Schwager auf. Infolge der in letzter Zeit gegen ihn gerichteten Angriffe hat er sich veranlaßt gesehen, die Regierung um die Erlaubnis zur Rückkehr nach Deutschland zu bitten. Nachdem diese Erlaubnis erteilt wurde, ist Ludendorff sofort nach Deutschland abgereist, wo er sich gegenwärtig bereits aufhält.

WTB. Haag, 9. Jan. (Frankf. Bz.) Die Erziehung-Agentur meldet, daß die in Rußland befindlichen englischen Truppen in Stärke von etwa 20 000 Mann demnächst aus dem Lande zurückgezogen werden sollen.

Verlag des Verlags der W. Niefer'schen Buchdruckerei Altona

Für die Schriftleitung verantwortlich: Rudolf S a u l.

An die Besitzer von Sparkassen-Guthaben.

In Versammlungen und Flugblättern verlangt die Unabhängige Sozialdemokratie,

daß die

Kriegsanleihen

für wertlos erklärt werden sollen. Nun ist es Tatsache, daß während des Krieges alle Sparkassen, Lebensversicherungs-Gesellschaften u. s. w. für die gemachten Einlagen und Prämienzahlungen nach Milliarden dafür

Deutsche Kriegsanleihen

erworben haben.

Jedes Kind weiß, daß, wenn die Kriegsanleihen für wertlos gelten sollen, dann auch alle

Sparkassen Deutschlands

zahlungsunfähig werden. Alle

Sparkassen-Einlagen

würden dann selbstverständlich ebenfalls verloren sein. Wenn sollen reiche Leute und diejenigen, welche während des Krieges grosse Vermögen verdienten, in schärfster Weise herangezogen werden, man darf aber nicht kurzerhand alles Eigentum vernichten. Dies ist das Programm der

Deutschen demokratischen Partei;

gebe daher jeder bei den Wahlen

am 12. Januar für die württemb. Landesversammlung

am 19. Januar für die Deutsche Nationalversammlung

den Stimmzettel ab mit der Aufschrift:

„Deutsche demokratische Partei“.

Bekanntmachung.

Bekleidungsstücke können infolge Erschöpfung der Vorräte vorläufig nicht mehr ausgegeben werden.

Calw, den 8. Januar 1919.

Bezirkskommando.

Dank.

Da mit Jahreschluss nun auch die Wohlthätigkeitsstiftungen abgeschlossen sind, welche die Familien der hiesigen Kriegsteilnehmer und noch verschiedene andere Personen während des Krieges genossen haben, so wird nun auf diesem Wege allen den wohlthätigen Stiftern, insbesondere Herrn Baron Alfred v. Sülzlingen und Freifrau Baronin Else v. Sülzlingen, sowie Herrn Hauptlehrer Schwarzmaier und der Familie Graf herzlicher Dank gesagt.

Die Angehörigen der hies. Kriegsteilnehmer sowie noch viele, welche von diesen Stiftungen genossen haben.

— Lofungsbüchlein —

für 1919

sind eingetroffen und zu haben in der

W. Rieker'schen Buchhandlung.

Altensteig.
Schuh-Schoner
„Picard“
aus gewähltem Stahl
Motto: „Picard—stahlhart
Geld spart.“
Pakete zu 50 Pfennig
sind zu haben bei
C. W. Luz Nachf.
Fritz Bühler jr.

Mädchen
welches bürgerlich kochen kann
gesucht.
Nur gute Zeugnisse!
Frau Rich. Gerstner
Pforzheim, Goethestr. 14

Altensteig.
Kaufe jedes Quantum
Leinöl
sowie
Delfarben u. Lacke
zu den höchsten Preisen
Chr. Huß,
Malers- u. Gipfergeschäft.

Eine
Magd.
für Haus und Landwirtschaft, nicht
unter 18 Jahren, für sofort oder
Dienstag gesucht.
Zu erfragen in der Expd. d. Bl.
Dapp- und Saigel-
karten
sind wieder zu haben in der
W. Rieker'schen Buchh.

Abreiß-Kalender
und
Wandnotiz-Kalender

empfehlen die
W. Rieker'sche Buchhlg.

Am Freitag, den 10. Januar 1919
in Garrweiler nachm. 3 Uhr im Gasthaus zum „Hirsch“
in Spielberg abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr im Gasthaus zum „Döfen“

— Vortrag —

von Rektor Jetter-Altensteig

über das Thema:

„Wie wählen wir?“

Hiezu sind alle Wählerinnen und Wähler freundlichst eingeladen.

Deutsche demokratische Partei.

Am Samstag, den 11. Januar 1919
in Beuren nachmittags 3 Uhr im Schulhausaal
in Ettmannsweiler abds. 7 Uhr im Gasth. z. „Gr. Baum“

— Vortrag —

von Rektor Jetter-Altensteig

über das Thema:

„Wie wählen wir?“

Hiezu sind alle Wählerinnen und Wähler freundlichst eingeladen.

Deutsche demokratische Partei.

Am Samstag, den 11. Januar 1919
in Simmersfeld nachm. 2 Uhr im Gasthaus z. „Anker“
in Fünfsbronn „ 4 Uhr „ „ z. „Abler“
in Gompelscheuer abds. 6 Uhr „ „ z. „Lamm“
in Enztal „ 8 $\frac{1}{2}$ Uhr „ „ z. „Enztalstift“

— Vortrag —

von Parteisekretär Hopf aus Stuttgart

über das Thema:

„Worauf kommt es an?“

Hiezu werden alle Wählerinnen und Wähler freundlichst eingeladen.

Deutsche demokr. Partei.

Wie wir wählen, so werden wir regiert!

Sozialdemokraten, Demokraten, und die Zentrumspartei bildeten im Land- und Reichstag in den letzten Jahren immer wieder die Mehrheit und hatten solch großen Einfluss, daß aus ihren Reihen Reichskanzler, Vizekanzler und zahlreiche Staatssekretäre oder Minister genommen wurden.

Bei den wichtigsten landwirtschaftlichen Fragen, wie Höfpreiße, Milderung der Zwangsvoorschriften usw. nahmen die Mehrheitsparteien, die Demokratie, die Sozialdemokratie und das Zentrum oft in schroffer Weise Stellung gegen die Anträge des Bauernbundes, die vielfach rückwärts niedergestimmt wurden.

Jetzt will man davon nichts mehr wissen und lockt den Landmann und die Landfrau durch allerlei Redensarten und unwahre Behauptungen in ein falsches Lager.

Kein verständiger Wähler auf dem Lande wird demokratisch wählen.

Bauern und Landfrauen! Wähler des Mittelstandes!
gebt einen der Wahlzettel des

Württ. Bauern- und Weingärtnerbundes

ab und werdet für eine gute Verteilung eurer Interessen
in der Landes- und Nationalversammlung.